

Herrn Vorsitzenden
der Regionalversammlung Nordhessen
Horst Hannich
34112 Kassel

24.08.2016

Vergabe von Staatsforstflächen zur Inanspruchnahme für Windkraftanlagen

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die SPD-Fraktion in der Regionalversammlung Nordhessen stellt nachstehenden Antrag für die nächste Regionalversammlung bzw. den Haupt- und Planungsausschuss am 29.08.2016.

Die Regionalversammlung möge beschließen:

Die Regionalversammlung fordert die Landesregierung auf, schnellstmöglich den Erlass, der vorsieht, dass bei der Bewertung der Angebote, der Pachtzins mit 80 Prozent gewichtet wird, zu überarbeiten.

Die Regionalversammlung fordert die Landesregierung ferner auf, bis zur Überarbeitung des Erlasses die weitere Vergabe von Staatsforstflächen zu stoppen.

Begründung:

Bei der intensiven Diskussion der letzten Jahre um die Ausweisung von Windvorrangflächen in unserer Region hatte für die Regionalversammlung Nordhessen eine größtmögliche Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern immer eine besonders hohe Priorität. Nur mit einer möglichst großen Zustimmung der Menschen vor Ort gelingt die Umsetzung der Energiewende.

Die Regionalversammlung kritisiert daher das Vorgehen des für die Vergabe von Staatswaldfläche zuständigen hessischen Umweltministeriums. So hat HessenForst jüngst die Flächenvergabe bei Alheim und auf dem Gahrenberg im Reinhardswald ausschließlich am gebotenen Pachtzins orientiert. Die Konsequenz daraus ist, dass Projektierer außerhalb der Region Nordhessen den Zuschlag erhalten haben und - wie zumindest in einem Fall bereits angekündigt - den fertigen Windpark an einen ausländischen Fonds veräußern wollen. Regionale Bietergemeinschaften mit überzeugenden Bürgerbeteiligungskonzepten hatten das Nachsehen.

Ziel muss es sein, dass der Aspekt der Bürgerbeteiligung und Fragen der regionalen Wertschöpfung einen deutlich höheren Stellenwert in der Bewertung erhalten. Denn eine aktuelle Studie des Instituts für dezentrale Energietechnologien (IdE) kommt zum Schluss, dass Windparks, die von der Planung über den Bau bis zum Betrieb vor Ort umgesetzt werden, eine um ein Vielfaches höhere regionale Wertschöpfung und somit auch Einnahmen

für die öffentliche Hand erzielen, als eine Vergabe, die nur einen möglichst hohen Pachtzins im Blick hat.

Freundliche Grüße

gez.

Uwe Ermisch
Fraktionsvorsitzender